



WOLFGANG GREILICH
Mitglied des Hessischen Landtages

Fraktionsvorsitzender

An
Tarek Al-Wazir
Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Wiesbaden, den 07. August 2013
WG/jh

Sehr geehrter Herr Al-Wazir,

wie unter anderem der FAZ vom 27. Juli 2013 zu entnehmen war, plant der Ministerpräsident Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann, die Beamtenpensionen zu kürzen. Damit bricht Ihr Parteifreund kalkuliert eine Neiddebatte vom Zaun, die dem komplexen Thema nicht gerecht und einer Lösung nicht zuträglich sein wird.

Unbestritten wird die Frage der Finanzierung der Beamtenpensionen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten die Landespolitik vor große Herausforderungen stellen: Zu einer ehrlichen Bewertung der Pensionsrückstellungen gehört die Feststellung, dass mit Eintreten der Pensionierungswelle erhebliche finanzielle Belastungen auf die Länderhaushalte zukommen werden. Deshalb bedarf es eines sorgfältig austarierten Konzeptes. Wie Sie wissen, hat Hessen zu diesem Zweck ein Sondervermögen für die Beamtenpensionen in Form einer zusätzlichen freiwilligen Versorgungsrücklage angelegt. Diese wird in den kommenden Jahren planmäßig aufzustocken sein, beispielsweise um einen Teil der Erlöse, die aus der Veräußerung von Landesvermögen erzielt werden.

Der Vorschlag Kretschmanns, Haushaltslücken auf Kosten der Altersvorsorge von Beamtinnen und Beamten zu schließen, ruft berechtigter Weise Enttäuschung, Unverständnis und Verärgerung hervor. Dies rührt vor allem daher, dass bei der Debatte um die Beamtenbesoldung stets auf die zahlreichen Vorteile verwiesen wird, die Beamtinnen und Beamte gegenüber Tarifangestellten genießen, um schließlich die geringere Höhe der Bezüge im Verhältnis zum

FDP-Landtagsfraktion
Schloßplatz 1 - 3
65183 Wiesbaden

Telefon: 06 11.350 732
Telefax: 06 11.350 1561

w.greilich@ltg.hessen.de

Büro Gießen

Bismarckstraße 5
35390 Gießen

Telefon: 06 41.975 65 11
Telefax: 06 41.975 65 99

wolfgang.greilich@ghc-rae.de

Tariflohn zu begründen. Dies sind - neben geringeren Sozialversicherungsabgaben - vor allem feste und planbare Pensionen, und zwar unabhängig von der allgemeinen Rentenentwicklung. Gerade mit Blick auf die besondere Loyalitäts- und Treuepflicht zum Staat und dessen korrelierender Fürsorgepflicht, verbietet es sich, nachträgliche Kürzungen an Pensionen vorzunehmen, die zum Zeitpunkt der Aufnahme des Staatsdienstes in Aussicht gestellt worden sind. Ganz abgesehen davon, dass einem solchen Vorgehen auch erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken entgegenstehen, würde dies einen massiven Vertrauensbruch darstellen, der in der Geschichte des Berufsbeamtentums beispiellos wäre.

Aus dem Vorschlag spricht zudem zum wiederholten Male eine gewisse Geringschätzung Ihrer Partei für die Lebensleistung der Beamten: Seit der letzten Besoldungsanpassung in Baden-Württemberg steht die Besoldungserhöhung den Tarifabschlüssen zeitlich gestaffelt nach. Die Grünen in Nordrhein-Westfalen haben an der Seite von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft den höheren Dienst von der Besoldungserhöhung ausgeklammert und damit eine Nullrunde für höhere Beamte beschlossen. Betroffen davon sind vor allem Lehrer und Polizisten. Folgerichtig, wenn nicht zwangsläufig, beschäftigt diese einmalige Missachtung der Leistungsträger der öffentlichen Verwaltung nun die Gerichte. Und auch in Rheinland-Pfalz wurde unter Beteiligung der Grünen die jährliche Besoldungsanpassung auf ein Prozent bis zum Jahr 2016 und damit auf ein Niveau unterhalb der Inflationsrate beschränkt. Zusätzlich betreiben die Grünen einen massiven Stellenabbau: 11.600 Lehrerstellen in Baden-Württemberg, 2.000 Lehrerstellen in Rheinland-Pfalz. Das alles macht mehr als deutlich: Der willkürliche Bruch des Treueverhältnisses zwischen Dienstherren und Beamten hat bei den Grünen System; Rot und Grün stilisieren sich als Vertreter der sozialen Gerechtigkeit, betreiben jedoch genau das Gegenteil.

Einem Kahlschlag bei den Beamten in Hessen werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen. Diejenigen, die sich in besonderer Weise dem Land Hessen verpflichtet haben, sollen auch an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. In dem Bewusstsein, welch verantwortungsvollen Dienst Polizeibeamte, Justizbedienstete, Lehrer und die übrigen Mitarbeiter der Landesverwaltung verrichten, haben wir uns zur Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten entschieden. Nicht unerwähnt bleibe, dass mit der Nichtübernahme der Einmalzahlung auch die Regierungskoalition, im Sinne einer vernünftigen Entwicklung des Landeshaushaltes und der Einhaltung der Schuldenbremse, einen schmerzhaften Einschnitt bei den Beamtinnen und Beamten vorgenommen hat.

Die hessischen Beamtinnen und Beamten verdienen gerade mit Blick auf die bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen Klarheit, wofür die hessischen Grünen, wofür Sie als deren Spitzenkandidat stehen: Soll ihre Ankündigung im sogenannten „Regierungsprogramm 2014-2019“, „Rückstellungen von Pensionen und Versorgungsansprüchen in voller Höhe in den Landeshaushalt einfließen zu lassen“ dadurch leichter umsetzbar werden, dass Sie

die Pensionen kürzen? Werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung das „Modell Kretschmann“ auch in Hessen umsetzen, und damit für tausende Beamtinnen und Beamte die Altersvorsorge aufs Spiel setzen, auf die sie vertraut haben? Müssen sie im Falle Ihrer Regierungsübernahme zudem wie in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit Nullrunden und massivem Stellenabbau, vor allem bei Lehrern und im Polizeidienst, rechnen?

Erklären Sie sich! Die Beamtinnen und Beamten, die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'W. Greilich', written in a cursive style.

Wolfgang Greilich

Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag